



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll

### 4. Ratssitzung vom 1. Juni 2022

#### 137. 2022/126

#### **Dringliches Postulat der AL-Fraktion vom 06.04.2022: Ausrichtung einer Energiezulage an einkommensschwache Personen zur Kompensation der steigenden Energiepreise bei der Heiz- und Nebenkosten- abrechnung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

*Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5209/2022): «Winter is coming.» Die Energiemarkt-Augurinnen sagen uns horrende Preissteigerungen voraus. Diese Prognose ist nicht schwer zu treffen. Seit Monaten kennen die Energiepreise nur eine Richtung: volatil steigend. Seit Anfang 2021 hat sich der Gaspreis für die Endkonsumentinnen praktisch verdoppelt. Bei den Ölpreisen sieht es nicht besser aus: Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Preis um 113 Prozent. Die Gründe für die Steigerungen sind komplex, aber haben zweifelsohne mit dem ökonomischen Wiederaufkeimen nach der Pandemie und dem seit mehreren Monaten stattfindenden Krieg gegen die Ukraine zu tun. Es wäre mehr als naiv zu glauben, dass sich die Situation in den nächsten Wochen oder Monaten ändern wird. Dass der Winter unter diesen Bedingungen und Umständen in die Schweiz kommt, wird viele Haushalte in die finanzielle Bredouille bringen. Mietexpertinnen sagen voraus, dass die Preisspiralen jährliche Nachzahlungen bei den Heiz- und Nebenkostenabrechnungen von bis zu 1200 Franken hervorrufen werden. Davon besonders betroffen werden Wohnungen sein, die mit Gas oder Öl heizen. Manche mögen an dieser Stelle sagen, dass die Erhöhung der Wohnkosten um weniger als 3,50 Franken pro Tag in unserer reichen Stadt kein Problem darstellen sollte. Einkommensschwache Haushalte besitzen aber keine Reserven, um den Zusatzkosten begegnen zu können. Das ist insbesondere der Fall, wenn sich die Folgen der offenen und verdeckten Inflation in den nächsten Monaten bemerkbar machen werden. Von dieser Situation stark betroffen sind Bezügerinnen von Ergänzungsleistungen und Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen oder im Tieflohnbereich. Bei Ersteren sieht das Gesetz keine Möglichkeit vor, den Nebenkostenbetrag zu übernehmen. Das Prekariat verfügt nicht über die notwendigen Instrumente, um die materielle Situation signifikant und vor allem kurzzeitig zu verbessern. Wäre das anders, müssten sich diese Menschen nicht mit den teilweise beschämenden Löhnen zufriedengeben. Zudem stehen beide Gruppen vor demselben Problem: Es liegt nicht in ihrer Hand, die Heizungssysteme in ihren Häusern zu wechseln, auch wenn es finanzielle und mehr als genügend ökologische Gründe dafür gäbe. Darum braucht es für die Energiepreisproblematik eine politische Lösung, bevor sie grössere Bevölkerungsschichten erfasst. Wir schlagen Ihnen vor, dass die Stadt eine Energiezulage für die Bezügerinnen von Ergänzungsleistungen, für «Working Poor» und für andere einkommensschwache Haushalte ausrichtet. Letztere könnten beispielsweise dadurch identifiziert werden, dass*



*sie eine Prämienvverbilligung beziehen. Die AL geht davon aus, dass etwa 80 000 Personen von dieser Massnahme profitieren könnten. Jene mit Gasheizungen werden bereits diesen Winter vor diesem Problem stehen, diejenigen mit einer Ölheizung spätestens nächstes Jahr. Es ist eine relevante Geldausgabe. Da die Energiepreiskrise aber nicht nur Verliererinnen, sondern auch Gewinnerinnen hervorrufen wird, und die Stadt mit der Energie 360° AG (Energie 360°) eines der siegenden Unternehmen mitbesitzt, sind wir zuversichtlich, dass der Stadtrat das notwendige Geld aus der richtigen Kasse organisieren kann. Dank dem sozialen Schutzmantel der AL ist dafür gesorgt, dass sich niemand vor der zu erwartenden Kälte fürchten muss.*

**Sebastian Zopfi (SVP)** begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 11. Mai 2022 gestellten Ablehnungsantrag: *Ich kann Ihnen einleitend aus persönlicher Erfahrung berichten, da ich mit Gas heize. In meinem Zuhause habe ich es lieber ein wenig zu kühl als zu warm und heize darum auch in den Wintermonaten nicht mehr als drei bis vier Stunden pro Tag. In den letzten Monaten erhielt ich aufgrund einer Falschberechnung der Energie 360° eine Nachzahlungsrechnung für 2,5 Jahre in der Höhe von beinahe 5000 Franken. Das ist auch für mich, der ich dem Mittelstand angehöre, eine nicht unerhebliche finanzielle Last. Rund 300 000 Haushalte in der Schweiz heizen mit Gas und viele erhielten bereits in den letzten Monaten deutlich höhere Rechnungen. Energie 360°, der grösste Gasversorger des Landes, rechnet damit, dass bei Einfamilienhausbesitzern mit einem jährlichen Verbrauch von 20 000 Kilowattstunden von Oktober 2020 bis Oktober 2021 Gaskosten in der Höhe von 1850 Franken anfallen. Für die gleiche Periode ein Jahr später wird der gleiche Haushalt voraussichtlich knapp 3000 Franken bezahlen müssen. Das ist eine Kostensteigerung von beinahe 60 Prozent. Dass die Preise signifikant hoch sind, ist uns allen klar: das gilt für alle Gasbeziehenden und alle Lohnklassen. Das sollte nicht mit einem Robin-Hood-Prinzip bekämpft und eine Gesellschaftsklasse bevorzugt werden, während alle anderen aussen vor gelassen werden. Der Mittelstand ist genauso betroffen, hat im Winter genauso kalt und muss genauso bezahlen. Dem muss mit einer Steuerreduktion und generellen Gebührensenkungen für alle entgegengewirkt werden. Somit sollte der Stadtrat für das Budget 2023 eine Reduktion des Steuerfusses vorschlagen. Das fordert die SVP schon lange und jetzt ist es dringender denn je.*

Weitere Wortmeldungen:

**Hannah Locher (SP):** *Teuerungen treffen Haushalte mit tiefen Einkommen am stärksten. Es besteht kein finanzieller Spielraum, um Mehrkosten zu decken, und auf Ersparnisse kann in der Regel nicht zurückgegriffen werden. Das führt zu einem finanziellen Engpass und die Gefahr steigt, dass auf lebensnotwendige Dinge wie ärztliche Behandlungen verzichtet werden oder dass man sich verschulden muss. Darum ist es wichtig, dass Massnahmen zur Armutsprävention ergriffen werden und einkommensschwache Haushalte von solchen ausserordentlichen Kosten gezielt entlastet werden. Darum begrüsst die SP die Forderung nach einer Energiezulage für einkommensschwache Haushalte. Diese Unterstützung soll in erster Linie die Mehrbelastung der gestiegenen Energiekosten abfedern und Menschen vor einem finanziellen Engpass bewahren. Es wird*



*schwierig sein, den Anspruch von Menschen zu prüfen, die keine Unterstützungsleistungen beziehen, aber ein tiefes Einkommen haben. Möglicherweise kann man sich an den Kriterien der KulturLegi orientieren. Damit würden «Working Poor» berücksichtigt, die gemäss ihrer letzten Steuerrechnung wenig verdienen, aber trotzdem keine Unterstützungsleistungen erhalten. Ich will daran erinnern, wie schnell die Stadt am Anfang der Pandemie reagierte, als es um das Unterstützungsangebot für Selbstständige ging.*

**Anna-Béatrice Schmalz (Grüne):** *Die Finanzierung und Subventionierung von fossilen Brennstoffen widersprechen der Einstellung der Grünen grundsätzlich. In der Schweiz werden dafür immer noch jedes Jahr Millionen von Franken ausgegeben. Wir müssen möglichst schnell von diesen fossilen Brennstoffen wegkommen, um das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Das neue Energiegesetz des Kantons Zürich wurde mit über 62 Prozent deutlich angenommen. Dort geht es endlich voran. Wieso sollten wir jetzt noch fossile Brennstoffe subventionieren? Im Postulat geht es im Kern um eine andere Frage. Es kann nicht sein, dass in der Stadt Menschen leben, die sich zwischen den höheren Nebenkosten und neuen Winterschuhen für ihre Kinder entscheiden müssen. Finanzielle Sorgen sind sehr belastend, lösen Stress aus und übertragen sich auf die Kinder. Mieterinnen entscheiden nicht selbst, wie das Haus geheizt wird, in dem sie leben. Heizkosten können durch persönliches Verhalten bis zu einem gewissen Punkt reduziert werden. Das kann jedoch nicht die Lösung sein und betrifft uns alle. Es darf nicht sein, dass Armutsbetroffene gezwungenermassen Heizkosten einsparen müssen, um sich existenzielle Dinge leisten zu können. Für die Klimakrise brauchen wir grosse Lösungen, wie beispielsweise Energiegesetze. Als Gesellschaft haben wir gleichzeitig die Verantwortung, Menschen mit wenigen finanziellen Mitteln zu unterstützen. Das ist für uns Grüne klar. Das Postulat kann dazu beitragen, dass Armutsbetroffene entlastet werden.*

**Beat Oberholzer (GLP):** *Auch wir wissen, dass es für gewisse Leute finanziell sehr eng ist und dass ein solcher Preisanstieg bereits stark ins Gewicht fallen kann. Andererseits kämpfen wir dafür, dass wir endlich von den fossilen Energien wegkommen. Es ist darum keine einfache Vorstellung, dass immer noch so viele in Zürich in einer schlecht isolierten Wohnung leben und mit alten Öl- oder Gasheizungen heizen. Wenn wir die Erdgaskosten mit öffentlichen Geldern ausgleichen, dann wird der Anreiz für die Wohnungseigentümer noch kleiner, ihre Gebäude zu sanieren oder die Heizungen zu erneuern. Wir müssen von den fossilen Energien wegkommen. Solche Unterstützungen sind bei der Transformation nicht unterstützend – vor allem, wenn man so weit ausholt wie das Postulat. So würden Personen in den Genuss kommen, die Prämienverbilligungen erhalten - das sind 65 000 Menschen. Insgesamt seien es 80 000 Personen, was 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung und nicht nur den Ärmsten in unserer Gesellschaft entspricht. Wir lehnen den Vorschlag der Energiezulage ab. Auch im Wissen, dass die Gaspreise der Energie 360° AG heute wieder leicht gesunken sind und dass die Energiekosten trotz des jüngsten Anstiegs nicht den grössten Teil im Gesamtpaket der typischen Lebenskosten ausmachen.*

**Andreas Kirstein (AL):** *Es wurde stark auf das Gas fokussiert und ja, heute sanken die Gaspreise gemäss Energie 360° leicht. Es ist aber interessant zu sehen, warum die*



4 / 4

*Energiepreise jetzt steigen. Es ist nicht so, dass in der klassischen Marktlogik ein verknapptes Angebot einer zu grossen Nachfrage gegenübersteht. Im Markt spiegeln sich Erwartungen und auch Möglichkeiten, politisch entsprechende Preiserhöhungen durchzusetzen. Das ist insbesondere stossend, wenn es sich um die Energie 360° AG handelt: Eine Firma, die zu 96 Prozent der Stadt gehört. Das Postulat spannt den Schutzmantel für unsere Ärmsten auf. Die Ironie in Bezug aufs Gas liegt darin, dass wir von der einen Seite über die Dividenden der Energie 360° die Staatskasse füllen und sie auf der anderen Seite durch entsprechende Zulagen wieder leeren. Das zeigt, dass Energie 360° dem Scheinmarkt entzogen werden muss. Wir arbeiten daran, dass es wieder eine städtische Dienstabteilung wird, was dazu führt, dass Sie direkt auf die Gebühren Einfluss nehmen können. Damit wird auch dem Anliegen von Sebastian Zopfi (SVP), den Mittelstand zu entlasten, Rechnung getragen. Das ist notwendig. Es geht aber nicht nur um Gas, sondern auch um Erdöl. Dort ist die Situation ein wenig anders. Wahrscheinlich sind viele Leute auch im nächsten Winter davon betroffen, wenn sie sich überlegen müssen, wann sie ihren Tank füllen sollen. Das Ziel muss sein, den Energiemarkt nicht nur fossilfrei zu machen, sondern ihn von den «Marktunlogiken» zu befreien.*

Das Dringliche Postulat wird mit 62 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat